

4. »Die DDR wird abgewickelt« – 20 Jahre deutsche Einigung

ROLAND CZADA

Weniger als ein Jahr nach dem Mauerfall wurde die nach dem 2. Weltkrieg zwischen Elbe und Oder entstandene sozialistische deutsche Republik staatsrechtlich »abgewickelt«. In einer historischen Sekunde, am 3. Oktober 1990, 0:00 Uhr, sind die auf ihrem Territorium entstandenen Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Ostteil Berlins der westdeutschen Bundesrepublik beigetreten. Auch wenn die DDR als Staat nicht mehr besteht, hat sie sich nicht aus der Geschichte verabschiedet. Ihr Erbe lebt fort in der Politik, in der Kultur, in Medien und politischen Einstellungen, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen der neuen »Berliner Republik«. Als besonders folgenreich und bis heute nicht abgeschlossen hat sich die wirtschaftliche Vereinigung herausgestellt. Die Übertragung der »sozialen Marktwirtschaft« in das ehemals sozialistische Beitrittsgebiet ist den in sie gesetzten hohen Erwartungen nicht gerecht geworden. Obwohl zu Beginn des Einigungsprozesses noch viele daran glauben wollten, gab es kein zweites deutsches Wirtschaftswunder. Im Gegenteil: Die immensen Kosten des »Aufbaus Ost« belasten noch heute, zwanzig Jahre nach dem Mauerfall, die Wirtschaft und die Steuerzahler in ganz Deutschland.

Die Spuren der DDR im vereinten Deutschland

Die untergegangene DDR hat Spuren hinterlassen, die das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Leben in Deutschland bis heute und auf absehbare Zeit prägen. Der Föderalismus funktioniert mit 16 wirtschaftlich höchst unterschiedlich leistungsfähigen Bundesländern anders als in den elf alten Ländern der Bundesrepublik. Vereinigungsbedingte Veränderungen im Parteiensystem und im Wahlverhalten haben zur Komplizierung der politischen Verhältnisse beigetragen. Wirtschaftlich und sozial, das zeigen Umfrage- und Wirtschaftsdaten, ist Deutschland immer noch ein geteiltes Land. Die Frage, warum das nach vierzigjähriger Teilung vereinte Land nicht so rasch wie ursprünglich erhofft zusammenwuchs, hat weniger mit Mentalitätsbarrieren zu tun als mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Neuen Bundesländer. Bei den Eliten in Politik, Verwaltung, Kultur, Kirchen, in den Sportverbänden und Gewerkschaften ist die Integration stetig vorangeschritten. Von einem gesellschaftlichen und politischen Repräsentationsdefizit der Neubürger aus dem Osten kann keine Rede sein. Die derzeitige CDU-Vorsitzende und erste deutsche Bundeskanzlerin stammt aus Mecklenburg-Vorpommern. Gleichwohl ist die Zahl der Unzufriedenen angewachsen. Offenbar sind die Erwartungen vieler Bürger enttäuscht worden, die nun Unmut und Zweifel an der Leistungsfähigkeit demokratischer und marktwirtschaftlicher Politik äußern. Der Grund liegt weniger in einer Mentalität der Übellaunigkeit, wie sie den Deutschen gelegentlich von Journalisten, Demoskopern und Parteienforschern nachgesagt wird, als in den wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen, mit denen das Land seit Mitte der 1990er-Jahre zu kämpfen hat. Sie sind großteils von den Schwierigkeiten und Kosten des »Aufbaues-Ost« verursacht.



Abb. 1 »Hurra, der Neue!«

© Horst Haitzinger, 18.9.1990

»Das Unmögliche wagen«

Die größte Herausforderung der deutschen Vereinigung bestand darin, die sozialistische Planwirtschaft der DDR in eine soziale Marktwirtschaft nach dem Vorbild der westdeutschen Bundesrepublik umzuwandeln (Abb. 1). Im Frühjahr 1990 übernahm die Berliner »Treuhandaanstalt« (THA) nahezu das gesamte »Volkseigentum« der damals noch bestehenden DDR. Dies waren 45.000 Betriebsstätten in 8.000 Firmen mit vier Mio. Beschäftigten. Hinzu kamen 20.000 Gaststätten und Ladengeschäfte, nahezu 2.000 Apotheken, 390 Hotels und zahlreiche Kinos. Weiterhin übernahm die Treuhandaanstalt Betriebe der Energie- und Wasserversorgung sowie des öffentlichen Nahverkehrs und 2,4 Mio. Hektar land- und forstwirtschaftliche Flächen, das Vermögen und die Liegenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee und nicht zuletzt eine große Zahl von Häusern und Wohnungen sowie das Vermögen der Parteien und Massenorganisationen. Man hat vor diesem Hintergrund die Treuhandaanstalt als die größte Unternehmensholding der Welt bezeichnet. Sie hatte die Aufgabe, das in ihren Besitz gelangte öffentliche Vermögen so schnell wie möglich in Privateigentum überzuführen. Wo sich keine Käufer finden ließen, zumeist im Fall abgewirtschafteter, nicht mehr konkurrenzfähiger Industrieanlagen, sollten diese saniert oder, wenn auch dies keinen Erfolg versprach, endgültig abgewickelt werden. Dabei lautete die Leitlinie: »Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung«. Durch die zu einem Wechselkurs von 1:1 erfolgte Einführung der D-Mark war die Wirtschaft der jungen Bundesländer schlagartig der vollen Weltmarktkonkurrenz ausgesetzt. Der Großteil der dort produzierten Industriewaren war der Preis- und Qualitätskonkurrenz auf dem Weltmarkt nicht gewachsen. Um wenigstens einen Teil der Arbeitsplätze retten zu können, mussten diese Betriebe modernisiert werden. Die Treuhandaanstalt begegnete dieser Herausforderung dadurch, dass sie Unternehmen nicht verkaufte, sondern verschenkte und darüber hinaus den neuen Eigentümern einen Großteil der Kosten für die Sanierung abnahm. Die Treuhandaanstalt hatte nicht Unternehmen verkauft, sondern Unternehmenskonzepte gekauft: Privatisiert wurde an diejenigen Übernahmointeressenten, deren Sanierungspläne den größten Erfolg

versprochen. Hohe Kosten entstanden der THA darüber hinaus durch die Ausgründung von Beschäftigungsgesellschaften, die einen Großteil der im Privatisierungsprozess arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer vorläufig aufnehmen sollten. Eine zusätzliche Belastung in Milliardenhöhe entstand durch die Beseitigung ökologischer Altlasten, die ebenfalls der THA aufgebürdet wurde. Politisch erfüllte die Treuhandanstalt eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem Bund als ihrem Eigentümer und den Neuen Bundesländern, deren Regierungen und Bevölkerung unmittelbar von den THA-Entscheidungen betroffen waren. Als die Treuhandanstalt zum 01.01.1995 aufgelöst bzw. in die »Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben« (BvS) überführt wurde, war der allergrößte Teil der sozialistischen DDR-Wirtschaft tatsächlich privatisiert, in Sanierung begriffen oder abgewickelt – »platt gemacht«, wie angesichts der damit einhergehenden hohen Arbeitslosigkeit und der entstehenden Industriebranchen vor allem protestierende Arbeitnehmer oft gesagt hatten (M1). Am Beginn der Treuhandtätigkeit war noch mit Privatisierungserlösen von 600 Mrd. DM gerechnet worden. Bürgerinitiativen und die Neuen Bundesländer stritten zunächst darüber, wer das DDR-Vermögen erhalten sollte. Bereits 1993 war indessen klar geworden, dass es keine Privatisierungserlöse geben würde, sondern stattdessen einen mehrere 100 Mrd. DM umfassenden Schuldenberg allein im Umfeld der Treuhandanstalt. Insgesamt werden die Kosten der Einheit, die vom Steuerzahler und den Beitragszahlern in der Sozialversicherung zu tragen waren, auf 1,2 bis 1,6 Bill. € geschätzt. Diese vom »Forschungsverbund SED-Staat« an der Freien Universität Berlin und dem »Hallenser Institut für Wirtschaftsforschung« ermittelte Größenordnung umfasst alle zwischen 1990 und 2004 an die ostdeutsche Wirtschaft, an die Gebietskörperschaften in Ostdeutschland und an Sozialeinkommensempfänger der Neuen Bundesländer geleisteten Zahlungen. Durch den im Jahr 2005 beginnenden Solidarpakt II werden bis ins Jahr 2019 weitere 150 Mrd. € in die Neuen Bundesländer transferiert. Hinzu kommt die interregionale Umverteilung in den Sozialversicherungssystemen. Allein die Rentenversicherungsträger überweisen pro Jahr etwa 15 Mrd. € von West nach Ost. Ein hoher Rentenanteil, insbesondere auch von Frührentnern, und eine über Jahre hinweg etwa doppelt so hohe Arbeitslosenquote wie in Westdeutschland sind die Ursachen dieser in den sozialen Sicherungssystemen versteckten interregionalen Transferleistungen. Das Durchschnittsalter von arbeitslos gewesenen Neurentnern pendelte in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre in Ostdeutschland um die 50 Jahre.

»Wer soll das bezahlen?«

Neben den Beitragszahlern in der Sozialversicherung, die ab Mitte der 1990er-Jahre jährlich 35 Mrd. € für Transferleistungen an Leistungsempfänger in den neuen Bundesländern aufbrachten, waren es ab 1993 das sogenannte »Föderale Konsolidierungsprogramm« und die Solidarpakte I und II, an deren Tropf die jungen Bundesländer genesen sollten. Das Föderale Konsolidierungsprogramm kann als ein Meisterwerk bundesstaatlicher Umverteilung bezeichnet werden. Die Maßnahmen – von der Aufstockung des Fonds »Deutsche Einheit« über Altschuldenhilfen für die Wohnungswirtschaft, eine Umsatzsteuerneuverteilung, Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, Korrekturen am horizontalen Länderfinanzausgleich bis hin zur Neufassung eines Gemeindefinanzierungsgesetzes – waren so kompliziert wie der Name, den die Ministerialbürokratie dem Gesetz gegeben hatte: »Gesetz über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den Neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte« (BGBl 1993 I, S. 944). Bemerkenswert war, dass von diesem auf drei Jahre angelegten Programm auch die westdeutschen Kommunen mit etwa 3 Mrd. DM belastet wurden. Zur



Abb. 2 Protestierende Arbeiter vor den Werkstoren der Märkischen Faser AG in Premnitz (Brandenburg) am 24.9.1992. Sie forderten ein neues Konzept von der Treuhand und der Landesregierung zur Erhaltung der Arbeitsplätze in dem privatisierten Betrieb.
© picture alliance, dpa

Finanzierung dieses Beitrags behelfen sich die Gemeinden nicht selten damit, dass sie die Kostendeckung ihrer Gebührenhaushalte in die Höhe schraubten. Die wenigsten Bürger werden erfahren haben, dass sie auf diese Weise über höhere Friedhofs- und Abwassergebühren, höhere Beiträge für Kindergärten oder Teuerungen im öffentlichen Nahverkehr einen indirekten, im Gesamtrahmen allerdings eher bescheidenen Beitrag zur Finanzierung der Deutschen Einheit geleistet haben.

Wenn von steuerfinanziertem West-Ost-Transfers die Rede ist, handelt es sich zumeist um Bruttobeträge. Die neuen Bundesländer und ihre Bürger weisen zu Recht darauf hin, dass sie als Steuerzahler an deren Aufbringung beteiligt sind. Aufgrund einer insgesamt schlechteren Arbeitsmarktlage und vor allem, weil die Durchschnittsverdienste im Osten immer noch deutlich unter denen im Westen liegen, bleibt allerdings dieser Eigenanteil geringer, als zunächst erwartet wurde.

Neben der Verteilung der Kosten der deutschen Einheit auf die Sozialversicherungsträger und ihre Beitragszahler sowie auf den Bund und die westdeutschen Länder bzw. die Steuerzahler finden wir eine dritte Zahlergruppe, die den Löwenanteil dieser Kosten zu tragen hat: Es sind die jungen und kommenden Generationen, denen wir diese Last aufbürden. Die Staatsverschuldung ist nach 1990 steil angestiegen und hat sich im ersten Jahrzehnt der Einheit von 536 Mrd. € auf 1.198 Mrd. € verdoppelt (IM 2). Die 2005 einsetzende verstärkte öffentliche Schuldentilgung gelang vor dem Hintergrund einer Sozialstaats- und Steuerreform, die große Bevölkerungsteile als Verschlechterung ihrer sozialen Lage empfinden mussten.

Blühende Landschaften ohne Wirtschaftswunder

Was früher die DDR war, ist heute, 20 Jahre nach ihrem staatsrechtlichen Untergang, nicht wiederzuerkennen. Die öffentliche Infrastruktur, Straßen, Schienenwege, bürgerschaftliche Einrichtungen, Häuser, Schlösser und Parks, Hochschulen und Wirtschaftsunternehmen sind tatsächlich »erblüht« und erwecken den Anschein eines insgesamt gelungenen Zusammenwachsens. Der bislang entrichtete und weiterhin anfallende Preis der Einheit gerät darüber leicht in Vergessenheit. Der Preis besteht in einer weiterhin klaffenden, wenngleich geringer werdenden Lücke zwischen dem, was von der ostdeutschen Wirtschaft produziert und von öffentlichen Einrichtungen, Wirtschaftsunternehmen sowie privaten Haushalten verbraucht wird. Diese Lücke, das Leistungs-

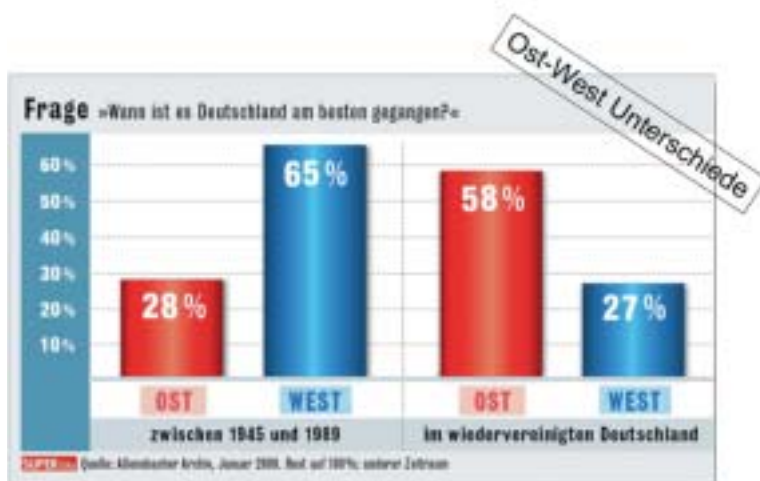


Abb. 3 Wann ist es den Deutschen am besten gegangen« in: »Superillu«
© nach Daten des Demoskopischen Instituts in Allensbach.

bilanzdefizit der Neuen Bundesländer, betrug Mitte der 1990er-Jahre noch über 100 Mrd. € pro Jahr. Es ist zwischenzeitlich (2009) auf gut 40 Mrd. € gesunken, davon allein 35 Mrd. € in der Gestalt von Sozialtransfers. Diese Bilanz sieht etwas besser aus, wenn man die rund 300.000 ostdeutschen Pendler einbezieht, die im Westen arbeiten und dabei etwa 8 Mrd. € erwirtschaften. Addiert man diese Zahl zur ostdeutschen Wirtschaftsleistung – es handelt sich ja um Ostdeutsche, die diese Leistung erbringen – ist das Leistungsbilanzdefizit des Ostens sogar bereits auf gut 32 Mrd. € pro Jahr gesunken.

Als der damalige Bundeskanzler Kohl in seiner Fernsehansprache zum Beginn der »Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion« dem deutschen Volk »blühende Landschaften« im Osten versprochen hatte, gab es nur wenige, die diese Zukunftsvision für übertrieben hielten. Diejenigen, die ihre Zweifel öffentlich machten, wie der damalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl oder der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine, wurden »abgekanzelt« und ins vereinigungspolitische Abseits gedrängt. Dabei hatte die Europäische Kommission, von deren Präsident Jacques Delors sich Lafontaine beraten ließ, bereits im Februar 1990 ausgerechnet, dass die marktwirtschaftliche Modernisierung Ostdeutschlands den westdeutschen Steuerzahler über viele Jahre hinweg etwa zehn Prozent seines Einkommens kosten würde. Die Rechnung war einfach: Das reale mittlere Einkommen der Beschäftigten in Ostdeutschland betrug ein Viertel des westdeutschen Durchschnittslohns. Um die damalige Ost-West-Wandlung zu stoppen, hielt man es für notwendig, die Einkommen im Osten auf zwei Drittel des Westniveaus anzuheben. Zwei Drittel, so glaubte die Europäische Kommission, würden zu Anfang genügen unter der Voraussetzung, dass die DDR-Bürger auf stetige Besserung im eigenen Land hoffen konnten. Wenn man diese kräftige Einkommenssteigerung im Osten auf die weit größere Zahl der Beschäftigten im Westen verteilt, so ergibt sich eine Belastung der westdeutschen Einkommen von zehn Prozent. Die Prognose war, dass bis hin zur Jahrtausendwende der »Zehnte« entrichtet werden muss, bis Ostdeutschland auf eigenen Füßen stehen würde. Zehn Prozent Lohnabgabe entsprachen zum damaligen Zeitpunkt 6,5 Prozent des Bruttosozialprodukts, auf die 1,5 Prozent öffentliche Transfers aufgeschlagen wurden, also insgesamt acht Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung oder etwa 200 Mrd. DM pro Jahr. Heute wissen wir, dass die West-Ost-Transfers öffentlicher Haushalte und »Parafisci« tatsächlich etwa zehn Prozent des Bruttosozialproduktes ausmachen. Und anders als in den Vorschlägen der damaligen EG-Kommission ist davon der größte Teil nicht durch eine Einkommensabgabe, sondern durch Schulden finanziert worden.

Man kann davon ausgehen, dass Bundeskanzler Kohl im Jahr 1990 wusste, dass die »blühenden Landschaften«, die er versprach, nur aus öffentlichen und parafiskalischen (z. B. »Zwangsbeiträge in der Sozialversicherung«) Mitteln finanziert werden konnten. Er

wusste ebenso, dass ohne dieses Versprechen eine sofortige und massenhafte Abwanderung aus den jungen Bundesländern in die alten Bundesländer eingesetzt hätte. Dass trotz der enormen Aufbauleistung der Osten im Saldo von Zu- und Fortzügen über eine Million Einwohner an die westdeutschen Länder verloren hat, verdeutlicht das Risiko, das man bereits 1990 voraussah. Viele junge, gut qualifizierte Arbeitskräfte, vor allem junge Frauen aus Ostdeutschland, suchen nach wie vor im Westen eine berufliche Zukunft. Viele ländliche Regionen im Osten entleeren sich (| M3 |).

Die politischen und sozialen Folgen

Nach 1989 haben die Wirtschaftskraft und die Arbeits-einkommen in allen westlichen Industrieländern kräftig zugelegt. Allein die Bundesrepublik Deutschland ist im internationalen Wohlstandsvergleich zurück gefallen. Das Volkseinkommen pro Einwohner der Bundesrepublik erreichte in der ersten Hälfte des Jahres 1990 knapp 20.000 DM pro Einwohner. Nach der zum 1. Juli in Kraft getretenen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der DDR waren es für die andere Jahreshälfte – wenn man West und Ost zusammgelegt und auf die gestiegene Bevölkerungszahl umrechnet – nur noch 17.700 DM je Einwohner. Eine solche Rechnung präsentierte Bundesfinanzminister Theo Waigel am 18. Januar 1993 der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, um sie auf die Solidarpaktverhandlungen einzustimmen. Als Ziel nannte er, die sozialen Standards der verringerten ökonomischen Leistungsfähigkeit anzupassen. Er konnte damals nicht absehen, wie dramatisch sich die Wirtschaftslage in den kommenden Jahren verschlechtern würde. Während Wirtschaft und Einkommen in allen Industrieländern kräftig wuchsen, geriet die Bundesrepublik in die längste ökonomische Stagnationsphase ihrer Geschichte. In der um Schweden, Finnland und Österreich erweiterten Europäischen Union belegte sie bald nur noch den achten Rang. Zugleich wurden die Sozialleistungen eingeschränkt und – anders als in den Nachbarländern – verharrten die Realeinkommen auf der Stelle. 1995 gab es in Deutschland erstmals mehr Sozialeinkommensempfänger (Früh- und Altersrentner, Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfeempfänger) als sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer (| M4 |). Gewiss lässt sich die Veränderung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse nicht allein mit der deutschen Vereinigung und ihren Folgeproblemen erklären. Sie kommt allerdings immer dann als entscheidender Erklärungsfaktor in Betracht, wenn sich die deutsche Entwicklung deutlich von der anderer, vergleichbarer Länder unterscheidet.

Nachhaltige Ost-West-Unterschiede zeigen sich 20 Jahre nach der staatsrechtlichen Vereinigung nicht nur in der Wirtschafts- und Regionalstruktur, sondern auch bei den politischen Einstellungen und Wahlergebnissen. Die deutsche Vereinigung hat bei Wahlen zunächst die CDU gestärkt, die im Osten vielfach als Partei der Einheit und der sozialen Marktwirtschaft empfunden wurde. Bald zeigte sich auch, dass auf der linken Seite des politischen Spektrums nicht die SPD, sondern die Nachfolgeparteien der SED, zunächst die PDS und dann die aus ihr mit hervorgegangene Partei »Die Linke« einen Wählerzuwachs für sich verbuchen konnte (| M5 |). Diese wahlpolitische Besonderheit korreliert mit der sozialen Entwicklung in Ostdeutschland. Noch immer liegt das durchschnittliche verfügbare Monatseinkommen je Einwohner in den meisten ostdeutschen Landkreisen deutlich unter dem in den westlichen Bundesländern (| M6 |). Während die privaten Konsumausgaben im Westen anstiegen, nehmen sie in Ostdeutschland seit 2000 nahezu kontinuierlich ab (| M7 |). Das ausbleibende Wirtschaftswunder in Ostdeutschland, das bislang vergebliche Warten auf den selbsttragenden Aufschwung, schlägt sich in der Sozialstruktur und im politischen Verhalten nieder. Das Vertrauen in die Problemlösungskraft des politischen Systems und die Leis-

tungsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft ist im Osten deutlich geringer ausgeprägt als im Westen. Gleichwohl findet die Mehrheit der Ostdeutschen (ab 2009: 58 Prozent), dass es den Menschen im wiedervereinigten Deutschland besser geht als in der untergegangenen DDR. Ihre Kritik gilt dem vermeintlich verlorenen Gleichheitsideal des sozialistischen deutschen Staates. Die meisten Ostdeutschen bewerten die Gleichheit höher als den Wert der Freiheit. In den westlichen Bundesländern ist es umgekehrt, obgleich laut Umfrageergebnissen des Allensbacher Institutes für Demoskopie seit einigen Jahren die Forderung nach mehr Gleichheit auch dort zunehmende Unterstützung findet.

Vereint und doch geteilt?

Während die DDR »abgewickelt« wurde, hat sich nicht nur der Osten, sondern vereinsbedingt das ganze Land verändert. In vielen Bereichen haben sich Ost und West aufeinander zu bewegt, in vieler Hinsicht sind die einst getrennten Teile Deutschlands zusammengewachsen. Die Rechtseinheit, die Währungseinheit, die soziale Einheit sind schon lange Wirklichkeit. Die Spuren der DDR sind im Alltag, auf den Straßen, in den Häusern und in den Sektoren Handel, Banken und Verkehr nahezu ausgelöscht. Mit Ausnahme der Landwirtschaft leiden jedoch die meisten produktiven Sektoren nach wie vor an der Erblast der sozialistischen Planwirtschaft. Die aus landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und Staatsdomänen hervorgegangenen Agrarunternehmen erweisen sich als gegenüber den in Westdeutschland vorherrschenden Familienbetrieben als durchaus konkurrenzfähig. Für die verarbeitende Industrie lässt sich dies leider nur sehr eingeschränkt feststellen. Abgesehen von einigen mit exportstarken Industrien gesegneten Wohlstandsiseln entwickelten sich große Teile der ehemaligen DDR zur Industriebrache. Insgesamt reicht die Wirtschaftskraft nicht aus, die eigenen Rentner und Arbeitslosen zu finanzieren. Daher sind die Neuen Bundesländer auf absehbare Zeit auf Zuflüsse aus dem Westen angewiesen. Deutschland ist nach 1989 insgesamt heterogener geworden. Dies betrifft die Politik, die Wirtschafts- und Sozialstruktur und die gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung gleichermaßen. Die neue »Berliner Republik« gewinnt damit mehr Ähnlichkeit mit dem Deutschen Reich oder der Weimarer Republik als mit der durch ihre besondere soziale, regionale und politische Ausgeglichenheit gekennzeichnete alte Bonner Bundesrepublik. Die heutigen Verhältnisse sind weniger überschaubar, um nicht zu sagen, weniger beschaulich als sie es in den ersten Nachkriegsjahren im Westen gewesen waren. Zwischen fünf Parteien im Bundestag ist es schwieriger, Regierungskoalitionen zu schmieden, als in dem Zweieinhalb-Parteiensystem der alten Bundesrepublik. Die »Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse« im ganzen Land, wie sie das Grundgesetz vor seiner Novellierung im Jahr 1993 noch gefordert hatte, ist im größer und vielfältiger gewordenen Deutschland zu einem unerreichbaren Ziel geworden. Mit Bedacht ist daher die gemeinsame Verfassungskommission des Bundes und der Länder bereits in der ersten Phase des Vereinigungsprozesses von dieser Forderung abgerückt und hat stattdessen die »Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse« als neues Ziel ausgegeben. »Gleichwertigkeit«, kann auch heißen, dass man in einer ökonomisch rückständigen Region mit weniger Einkommen leben muss und dafür die Leere des Raumes, Abgeschiedenheit und unberührte Natur genießen kann. Die Veränderungsdynamik, die Deutschland im Zuge der Vereinigung erfasst hat, ist immer noch im vollen Gange. Sie wird, wenn man die Wirtschafts- und Sozialstatistik, Umfra-

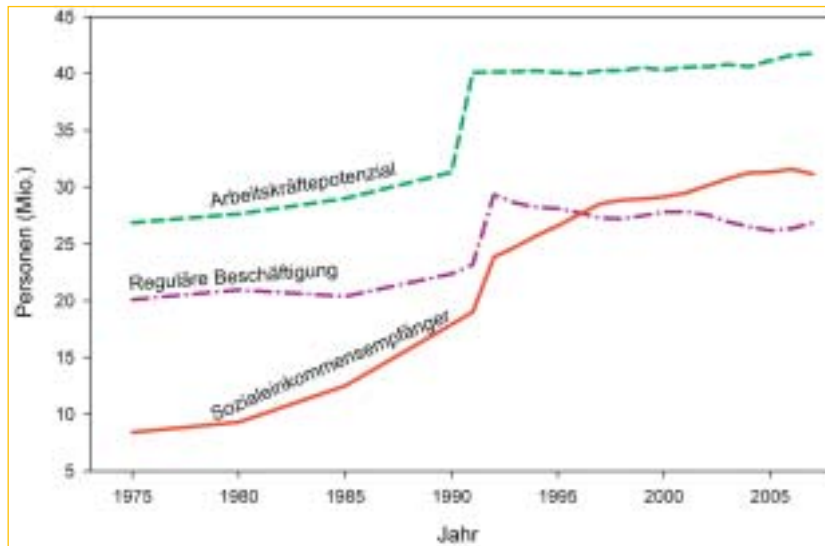


Abb. 4 Arbeitskräftepotenzial, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Wohlfahrtsempfänger in Deutschland (1975–2005) © Roland Czada, nach Daten des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung: Statistisches Taschenbuch. Arbeits- und Sozialstatistik, 2000, 2002, 2003, 2006, 2008. Berlin, BMAS.

gedaten und Wahlergebnisse im Zusammenhang betrachtet, ganz wesentlich von den Wohlstandsdifferenzen zwischen Ost und West und zunehmend auch von regionaler und sozialer Ungleichheit in Ostdeutschland gesteuert. Jedem Versuch, diese Dynamik politisch zu gestalten, ist bislang der Erfolg versagt geblieben. Ob dies an der Größe, vielleicht sogar Unmöglichkeit der Herausforderung liegt oder ob die richtigen politischen Konzepte noch nicht gefunden und politisch in geeigneter Weise umgesetzt wurden, ist eine Frage, über die politisch auch heute, im 20. Jahr der deutschen Vereinigung noch leidenschaftlich gestritten wird, und auf die auch eine inzwischen ausufernde wissenschaftliche »Vereinigungsforschung« noch keine schlüssige Antwort finden konnte.

Literaturhinweise

- Fischer, Wolfram/Hax, Herbert/Schneider, Hans Karl (Hrsg.) (1993): Treuhandanstalt – Das Unmögliche wagen. Berlin: Akademie-Verlag.
- Czada, Roland (1995): Der Kampf um die Finanzierung der deutschen Einheit. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung MPIFG Discussion Paper 95/1.
- Czada, Roland/Gerhard Lehmbuch (Hrsg.) (1998): Transformationspfade in Ostdeutschland; Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik; Ffm Campus Verlag.
- Czada, Roland/Hellmut Wollmann (Hrsg.) (2000): Von der Bonner zur Berliner Republik. 10 Jahre Deutsche Einheit. Wiesbaden, Westdeutscher Verlag.
- Ritter, Gerhard A. (2006): Der Preis der Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats. München, C. H. Beck Verlag.
- Seibel, Wolfgang (2005): Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990–2000. Ffm. Campus Verlag.
- Weidenfeld Werner/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.) (1999): Handbuch zur deutschen Einheit: 1949–1989–1999. Ffm, Campus Verlag.

Internethinweise

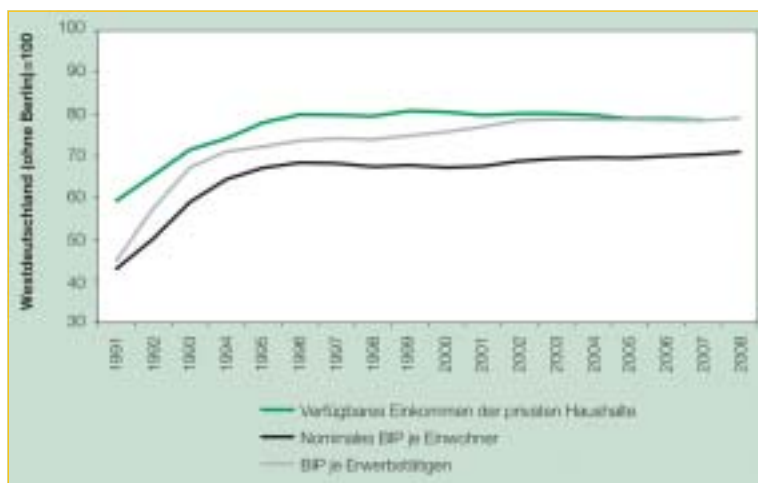
- www.politik.uni-osnabrueck.de/download/dp95-1.pdf (Website der Universität Osnabrück, Lehrstuhl Prof. Czada)
- <http://lehrerfortbildung-bw.de/faecher/gkg/mauerfall/vortraege/czada> (Vortrag von Roland Czada auf der Comburg als Video)

Materialien

M 1 »Die Vereinigung kostet die Bundesbürger den Zehnten«

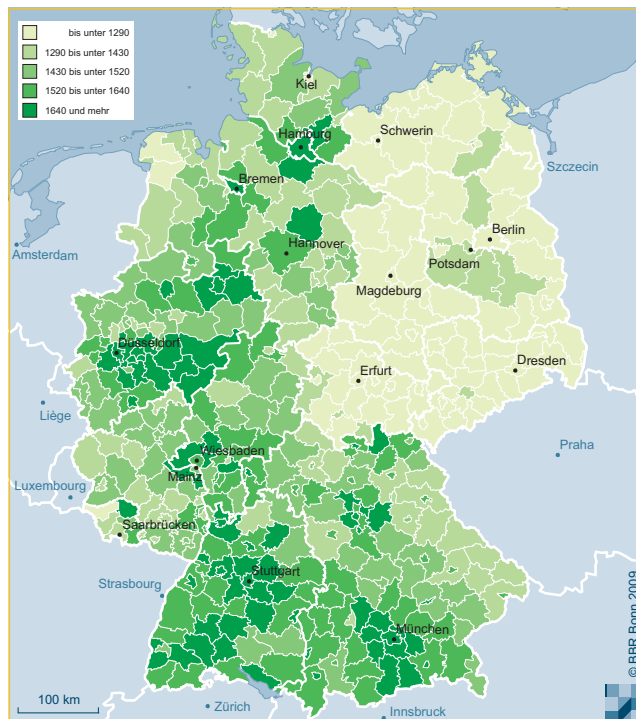
»Die Sanierung der DDR kostet die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik zehn Prozent ihres Einkommens. Das müssen sie Brüsseler Berechnungen zufolge beisteuern, wenn soviel Kapital in den anderen deutschen Staat gepumpt werden soll, dass die Menschen dort keinen materiellen Grund mehr haben, ihn zu verlassen. Begleitet werden diese Transfers womöglich von einer empfindlichen Geldentwertung. Auf einer Klausurtagung am Wochenende im belgischen Gent kam die EG-Kommission zwar zu dem Schluss, dass diese Lasten geschultert werden müssten. Sie sieht in der angestrebten innerdeutschen Währungsunion jedoch ein hohes Risiko für das wirtschaftliche Wohlergehen der Bundesrepublik und somit der EG. Die Gemeinschaft, so heißt es, habe höchstes Interesse daran, die beiden deutschen Staaten in ihrem Einigungsprozess wirtschaftlich zu stabilisieren. Den 17 Kommissaren lagen in Gent Szenarien und Berechnungen vor, die von großem Verständnis, aber nicht von Optimismus geprägt waren. In den Gesprächen schälte sich heraus, dass der Übersiedlerstrom in die Bundesrepublik unbedingt gestoppt werden müsse, da er sonst noch mehr Arbeitslosigkeit erzeuge, das System der sozialen Sicherung unterminiere und die Wohnungsnot politisch unerträglich werden lasse. Eine Bundesrepublik in Schwierigkeiten könne die gesamte EG lahmlegen, von weiteren Fortschritten in der Integration ganz zu schweigen. Es führe deshalb wohl kein Weg an einer sofortigen innerdeutschen Währungsunion vorbei, in der in ihrer konsequentesten Form alle Guthaben und Verbindlichkeiten in der DDR im Verhältnis 1:1 in D-Mark umgetauscht werden. Vermutlich sei es zwar allein mit diesem Umtauschverhältnis möglich, die Einkommenserwartungen der DDR-Bürger halbwegs zu befriedigen.

Es bedeute indes zugleich das Wagnis mit dem höchsten Risiko. In ihrer Rechnung über die Lasten, die auf die Bundesbürger zukommen, geht die Brüsseler Behörde davon aus, dass das reale mittlere Einkommen je abhängig Beschäftigtem in Ostdeutschland gerade ein Viertel des westdeutschen Reallohnes erreicht und auf zwei Drittel angehoben werden muss, wenn die Wanderung nach Westen zum Erliegen kommen soll. Zwei Drittel genügen, weil die Auswanderungswilligen aufrechnen müssen, was sie die Übersiedlung in die Bundesrepublik kostet, und zugleich auf Besserung im eigenen Land hoffen können. (...) Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Zahl von Beschäftigten hüben



M 2 Entwicklung des BIP je Einwohner in Ostdeutschland 1991–2006. Die Grafik zeigt deutlich die Entwicklung des Abstands zwischen West- und Ostdeutschland.

© Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts, zitiert aus: Ragnitz, Joachim (2009): Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland: Eine regional differenzierte Analyse. In: ifo Dresden berichtet 04/2009.



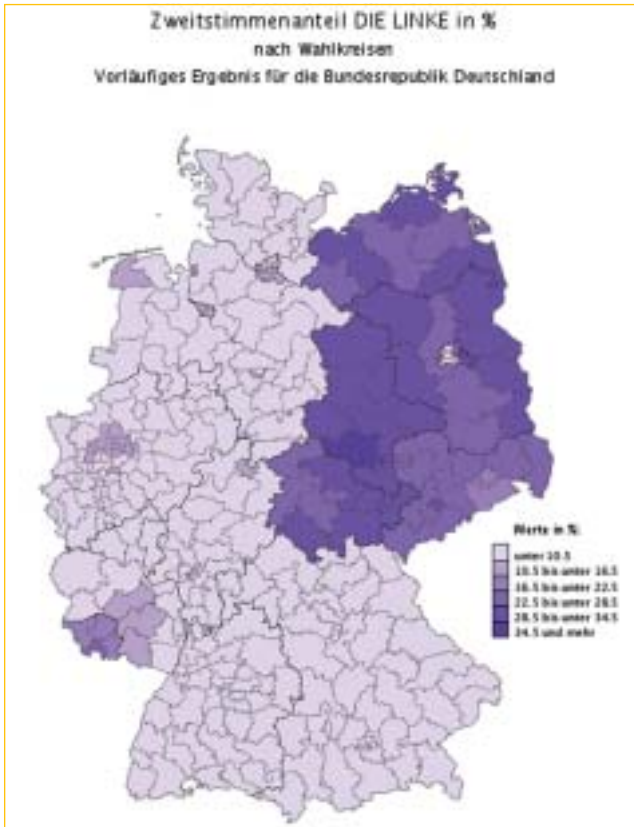
M 3 Verfügbares Monatseinkommen je Einwohner, 2005

© Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen

und drüben ergibt sich der »Zehnte«, der zugunsten der Landleute in der DDR berappt werden muss, und zwar etwa zwei, drei Jahre lang. Er nimmt dann über sieben, acht Jahre hinweg kontinuierlich ab, vorausgesetzt, die DDR entfacht tatsächlich ihr eigenes »Wirtschaftswunder«. (...)

Es kann allerdings auch ganz anders kommen. Möglicherweise löst die konsequente Währungsunion mit ihren Einkommenstransfers die einen Probleme, während sie zugleich andere erst erzeugt. In Bonn wie in Brüssel veranschlagen die Sachverständigen die Produktivität in der DDR auf höchstens halb so hoch wie im westlichen Nachbarland. Folglich müssten die Löhne drüben niedrig bleiben, da Investoren sonst nicht auf hohe Rentabilität hoffen konnten. Vermutlich verlange die westliche Industrie, so meinen die Brüsseler, sogar eine zusätzliche Rentabilitätsprämie, wenn sie jenseits der Elbe Fabriken bauen sollen. Mithin ließen sich wohl am ehesten Niedriglohn-Industrien, wie die Textilbranche, anlocken. Drückt die Bundesrepublik nun aber das Lohnniveau der DDR hoch, so verlieren die neuen Unternehmen – zumal in einem Währungsgebiet harter, sich sogar aufwertender D-Mark – ihre Wettbewerbsfähigkeit, kaum dass sie angefangen haben zu produzieren. Das ist ein Teufelskreis: Bleibt die Lohntüte dünn, kommt die Industrie, aber es gehen die Menschen.

© »mü«: Vereinigung kostet die Bundesbürger den Zehnten, in: Süddeutsche Zeitung, 19.2.1990, S. 21



M 4 Zweitstimmenanteil für »Die Linke« bei der Bundestagswahl 2009
© www.bundeswahlleiter.de

M 5 » Der Osten hängt weiter am Tropf«

»Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall liegen in Ostdeutschland Licht und Schatten nah beieinander. Nach Meinung von Ökonomen hat die Wirtschaft der neuen Länder in der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität erhebliche Fortschritte gemacht und andere ehemalige Ostblockstaaten hinter sich gelassen. Dennoch gebe es weiter große Defizite: die hohe Arbeitslosigkeit, die Abhängigkeit von Subventionen und Transfers und zu wenig unternehmensnahe Forschung, heißt es in einer Studie des »Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung« (DIW) zum Aufbau Ost. (...) Den Zahlen zufolge übersteigt die Höhe der im Osten ausgezahlten Sozialleistungen noch immer das dortige Aufkommen an privater Einkommensteuer und Sozialabgaben. Noch immer ist der Anteil der Hartz-IV-Empfänger an den Erwerbsfähigen im Osten mehr als doppelt so hoch wie im Westen. In Berlin oder Sachsen-Anhalt ist jedes dritte Kind vom Arbeitslosengeld II seiner Eltern abhängig. (...) Gemessen jedoch an der wirtschaftlichen Substanz der DDR sei »das Glas mindestens zwei Drittel voll«. Den DIW-Zahlen zufolge betrug 1992 der Anteil des Ostens an der gesamtdeutschen Industrieproduktion nur 3,4 Prozent, heute sind es 10 Prozent. Die durchschnittliche Bruttowertschöpfung stieg von einem Viertel auf rund zwei Drittel des Westniveaus. Die Exportquote der ostdeutschen Wirtschaft verdreifachte sich auf 33 Prozent, was aber noch deutlich unter dem Westniveau liegt. (...)

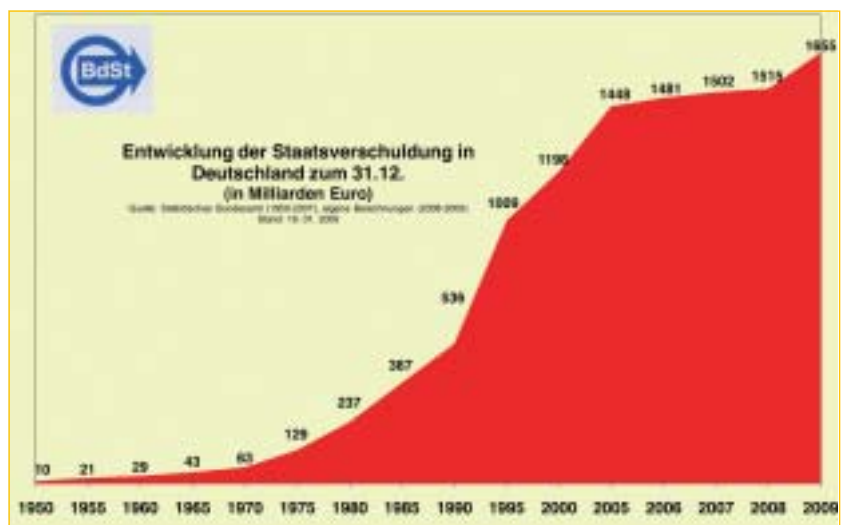
Der Magdeburger Wirtschaftsforscher Karl-Heinz Paqué kritisierte die auf Infrastruktur, Maschinen und Anlagen ausgerichtete För-



M 7 Raummuster der Bevölkerungsentwicklung 2000–2008
© Leibniz-Institut für Länderkunde, Nationalatlas aktuell, Günter Herfert,
http://aktuell.nationalatlas.de/Bevoelkerungsentwicklung-Ostdeutschland.2_02-2008.o.html

derpolitik und forderte eine gezieltere Unterstützung von Innovationen. Um der Abwanderung entgegenzuwirken, sprach sich DIW-Präsident Zimmermann für die Anwerbung hochqualifizierter Ausländer aus, etwa aus den Nachbarländern Polen und Tschechien. Der DIW-Fachmann Karl Brenke forderte eine Überprüfung der Subventionen. In der Solarindustrie, deren Fertigung in Ostdeutschland konzentriert ist, werde jeder Arbeitsplatz mit 150.000 Euro aus Steuermitteln unterstützt. »Ob dieser Aufwand in angemessenem Verhältnis zum Ertrag steht, daran habe ich doch meine Zweifel.«

© Christian Geinitz, FAZnet, 27.9.2009



M 6 Entwicklung der Staatsverschuldung 1950–2009 © Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.